



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Antrag an die ZdK-Vollversammlung am 27. und 28. November 2026

Elektroschrott: Ressourcen schützen, Verantwortung übernehmen

Antragsteller*innen:

Dr. Thomas Arnold, Pfarrer Dirk Bingener, Dr. Gregor von Fürstenberg, Alexandra Horster, Ulrike Göken-Huismann, Marie-Theres Jung, Birgit Mock, Michael Wedell Anne Wunden

Einleitung:

Smartphones und andere Elektrogeräte sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Doch ihre Herstellung und Entsorgung haben globale und ökologische Folgen. Für die Produktion werden wertvolle Rohstoffe wie Gold, Kupfer, Kobalt und Seltene Erden benötigt. Ein Teil dieser Rohstoffe wird in Ländern des Globalen Südens unter Bedingungen gewonnen, die mit erheblichen Umweltbelastungen und Menschenrechtsverletzungen verbunden sein können. Zugleich werden ausgediente Elektrogeräte nicht ausreichend gesammelt und recycelt oder illegal ins Ausland verbracht. Dort können unsachgemäße Zerlegung und Verbrennung Menschen und Umwelt gefährden.¹

Gleichzeitig gehen wertvolle Rohstoffe verloren. Gerade für Deutschland und Europa ist eine funktionierende Kreislaufwirtschaft deshalb nicht nur eine Frage des Umwelt- und Klimaschutzes, sondern auch der Rohstoffsicherheit und wirtschaftlichen Resilienz.

Die Vermeidung von Elektroschrott und der verantwortungsvolle Umgang mit Rohstoffen sind Fragen der Bewahrung der Schöpfung und der globalen Gerechtigkeit. Papst Franziskus kritisierte in *Laudato si'* die „Wegwerfkultur“ und forderte ausdrücklich ein Wirtschaftsmodell, das Ressourcen schont, wiederverwendet und recycelt.² Daraus ergibt sich die Verantwortung, die sozialen und ökologischen Folgen unseres Konsums nicht auf andere Regionen der Welt und zukünftige Generationen abzuwälzen.

Hintergründe/Argumentation:

Deutschland hat bei der Sammlung von Elektroaltgeräten erheblichen

¹ Siehe: <https://www.missio-hilft.de/mitmachen/aktion-schutzengel/elektroschrott/> (30.09.2026)

² Vgl.: https://www.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco_20150524_enciclica-laudato-si.html (29.09.2026)

Nachholbedarf. Nach den aktuellen Daten des Umweltbundesamtes wurden 2024 rund 920.000 Tonnen Elektroaltgeräte gesammelt. Die Sammelquote lag bei lediglich 28,7 Prozent. Das ist weit entfernt von der europäischen Zielquote von 65 Prozent.³

Besonders sichtbar wird das Problem bei Mobiltelefonen. Das katholische Hilfswerk missio Aachen sammelt seit mehr als zehn Jahren ausgediente Handys, um noch nutzbare Geräte einer Wiederverwendung und andere einem fachgerechten Recycling zuzuführen. Gemeinsam mit weiteren Partnern wie Kolping, BDKJ, KLJB und DPSG konnten so über eine halbe Million Mobiltelefone gesammelt werden. Trotz solcher zivilgesellschaftlichen Initiativen hat sich die geschätzte Zahl ungenutzter Mobiltelefone in deutschen Haushalten in diesem Zeitraum etwa verdoppelt. missio Aachen verweist inzwischen auf Schätzungen von mehr als 200 Millionen ausgedienten Handys, die ungenutzt in deutschen Haushalten liegen.⁴

Diese Geräte enthalten Rohstoffe, deren Gewinnung erhebliche soziale und ökologische Folgen haben kann. Werden funktionsfähige Geräte nicht weiterverwendet und Rohstoffe aus Altgeräten nicht zurückgewonnen, müssen weiterhin Primärrohstoffe gewonnen und importiert werden. Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft trägt deshalb zugleich zum Schutz natürlicher Ressourcen und zu einer größeren Rohstoffsicherheit Europas bei.

Die Sammlung von Elektroaltgeräten muss deshalb deutlich verbessert werden. Bereits bestehende Rücknahme- und Informationspflichten sind konsequent umzusetzen und auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Ein verbindlicher Maßnahmenplan sollte darlegen, wie Deutschland die europäische Sammelquote erreicht. Kostenlose Rückgabemöglichkeiten im Handel und bei kommunalen Sammelstellen müssen bekannter und leichter zugänglich werden. Ergänzend können öffentliche Einrichtungen geeignete, rechtlich abgesicherte Sammelangebote in Zusammenarbeit mit berechtigten Rücknahmestellen unterstützen. Die Rückgabe eines kleinen Elektrogerätes muss im Alltag mindestens so einfach sein wie sein Kauf.

Reparatur und Wiederverwendung müssen Vorrang vor Recycling haben, soweit Geräte noch sinnvoll genutzt werden können. Die europäische Ökodesign-Verordnung von 2024 und das 2026 beschlossene Gesetz zur Umsetzung der europäischen Recht-auf-Reparatur-Richtlinie schaffen bereits wichtige Grundlagen.⁵ Entscheidend sind nun deren wirksame Umsetzung und wirtschaftlich attraktive Reparaturen. Der Bundestag hat die Bundesregierung aufgefordert, zusätzliche Förderinstrumente wie einen herstellerfinanzierten Reparaturbonus oder steuerliche Entlastungen für Reparaturdienstleistungen zu prüfen. Diese Maßnahmen sollten zügig weiterverfolgt werden. Darüber hinaus braucht es Unterstützung für lokale Reparaturbetriebe, gemeinnützige Repair-Cafés und professionelle Wiederverwendungs- und Refurbishment-Angebote.

³ Siehe: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umweltzustand-trends/ressourcen-abfall/verwertung-entsorgung-ausgewahlter-abfallarten/elektro-elektronikaltgeraete#sammlung-und-verwertung-von-elektro-und-elektronikaltgeraeten-drei-kennzahlen-zhlen> (01.10.2026)

⁴ Siehe: <https://www.missio-hilft.de/mitmachen/aktion-schutzengel/handypfand/> (28.09.2026)

⁵ Siehe: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw26-de-reparatur-1191040> (01.10.2026)

Auch die Hersteller müssen stärker Verantwortung übernehmen. Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft beginnt bereits beim Produktdesign. Bestehende Öko-design-Vorgaben müssen wirksam umgesetzt und weiterentwickelt werden, damit Elektrogeräte möglichst reparierbar und recyclingfähig sind. Die erweiterte Herstellerverantwortung sollte so ausgestaltet werden, dass Hersteller stärker an den Kosten für Sammlung, Wiederverwendung und hochwertiges Recycling beteiligt werden. Wirtschaftliche Anreize sollten ressourcenschonende Produktgestaltung fördern.

Illegale Exporte von Elektroschrott müssen konsequent verhindert werden. Die seit 2025 verschärften europäischen Regeln für den Export von Elektroschrott müssen durchgesetzt und ihre Einhaltung kontrolliert werden.⁶ Zoll-, Hafen- und Umweltbehörden benötigen dafür ausreichend Personal und spezialisierte Kompetenzen. Verstöße müssen konsequent verfolgt und sanktioniert werden. Deutschland soll zudem die internationale Zusammenarbeit bei Ermittlungen und der Rückführung illegal exportierter Abfälle stärken.

Globale Verantwortung darf nicht an europäischen Grenzen enden. Rohstoffpartnerschaften müssen überprüfbare menschenrechtliche und ökologische Mindeststandards erfüllen. Auch die Unterstützung für sichere lokale Wiederverwendungs- und Recyclingstrukturen in Partnerländern soll helfen, dort anfallende Abfälle verantwortungsvoll zu behandeln. Diese darf allerdings keinesfalls als Rechtfertigung für den Export europäischen Elektroschrotts dienen. Abfallvermeidung und längere Nutzung haben Vorrang.

Die europäische Kreislaufwirtschaft muss ambitioniert weiterentwickelt werden. Der von der EU-Kommission für Ende 2026 vorgesehene Gesetzentwurf des Circular Economy Acts bietet die Chance, Abfallvermeidung, Langlebigkeit, Reparatur und Wiederverwendung europaweit zu stärken und einen funktionierenden Markt für Sekundärrohstoffe zu schaffen. Eine bessere Rückgewinnung wertvoller Materialien aus Elektroaltgeräten würde nicht nur natürliche Ressourcen schonen, sondern auch Europas Abhängigkeit von Primärrohstoffimporten und instabilen globalen Lieferketten reduzieren.⁷

Zivilgesellschaftliche Sammelaktionen wie die von missio Aachen und weiterer katholischer Partner schaffen Bewusstsein und leisten einen konkreten Beitrag. Sie können funktionierende Rücknahme-, Reparatur- und Recyclingstrukturen sowie verbindliche politische Rahmenbedingungen jedoch nicht ersetzen. Angesichts der seit Jahren verfehlten Sammelziele braucht es strukturelle Veränderungen entlang des gesamten Lebenszyklus eines Elektrogerätes. Es bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes, welcher beim Produktdesign beginnt, über eine möglichst lange Nutzung und Reparatur bis hin zur einfachen Rückgabe geht und schließlich in einer hochwertigen Wiederverwertung mündet. Ein Schulterschluss von Politik, Wirtschaft, Kirche und Zivilgesellschaft kann ergänzend helfen, Lösungen zu entwickeln, sofern die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten klar bleiben. Die Hersteller und der Handel tragen eigene rechtliche Pflichten, während kirchliche und zivilgesellschaftliche Initiativen freiwillig unterstützen.

⁶ Siehe: https://environment.ec.europa.eu/topics/waste-and-recycling/waste-shipments_en (02.10.2026)

⁷ Siehe: https://environment.ec.europa.eu/strategy/circular-economy_en#circular-economy-act (02.10.2026)



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Menschenrechtliche und ökologische Standards sowie Abfallvermeidung müssen dabei leitend sein.

Hintergrundinformationen:

Elektroschrott gehört weltweit zu den stark wachsenden Abfallströmen. Besonders problematisch ist, wenn Altgeräte nicht ordnungsgemäß gesammelt und behandelt werden. Neben dem Verlust wertvoller Rohstoffe können Schadstoffe freigesetzt werden. missio Aachen thematisiert im Rahmen der „Aktion Schutzengel“ seit vielen Jahren die Verbindung zwischen unserem Elektronikkonsum, Rohstoffgewinnung, Elektroschrott und den Lebensbedingungen von Menschen im Globalen Süden.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen wurden zuletzt an mehreren Stellen weiterentwickelt. Seit Januar 2025 gelten aufgrund der Basler Konvention und des europäischen Abfallverbringungsrechts strengere europäische Regeln für grenzüberschreitende Elektroschrotttransporte. Seit Januar 2026 gelten in Deutschland zudem neue Vorgaben des Elektrogesezes, unter anderem zur besseren Sichtbarkeit von Rücknahmestellen. Die europäische Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte trat bereits im Juli 2024 in Kraft.

Auch bei der Reparatur wurden 2026 wichtige Schritte vollzogen. Der Deutsche Bundestag beschloss am 25. Juni 2026 das Gesetz zur Umsetzung der europäischen Recht-auf-Reparatur-Richtlinie. Der Bundesrat ließ es am 10. Juli 2026 passieren. Hersteller bestimmter Produkte werden damit unter anderem zur Reparatur verpflichtet und müssen Ersatzteile und geeignete Werkzeuge zu angemessenen Preisen anbieten.

Auf europäischer Ebene soll der Circular Economy Act die Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln. All diese politischen Maßnahmen zeigen, dass die Kreislaufwirtschaft politisch an Bedeutung gewinnt.

Die Vermeidung von Elektroschrott und der verantwortungsvolle Umgang mit Rohstoffen sind Fragen der Bewahrung der Schöpfung und der globalen Gerechtigkeit. Das ZdK ermutigt Pfarreien, kirchliche Einrichtungen und Verbände, durch langlebige Beschaffung, Reparaturangebote und die Zusammenarbeit mit berechtigten Rücknahmestellen zur Abfallvermeidung beizutragen. Auch gemeinsam organisierte, fachgerecht betreute Sammelaktionen können sinnvoll sein, ohne dabei Pfarreien pauschal zu eigenständigen Sammelstellen zu machen.

Beschlusstext:

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) möge beschließen:

Das ZdK fordert die Bundesregierung auf, die Kreislaufwirtschaft für Elektro- und Elektronikgeräte konsequent zu stärken. Ziel muss es sein, die Lebensdauer von Geräten zu verlängern, Reparatur und Wiederverwendung zu fördern, die Sammlung von Elektroaltgeräten deutlich zu erhöhen, wertvolle Rohstoffe im Kreislauf zu halten und illegale Exporte wirksam zu verhindern.

Das ZdK fordert die Bundesregierung insbesondere auf:**1. die Sammlung von Elektroaltgeräten deutlich zu erhöhen.**

Bestehende Rücknahme- und Informationspflichten müssen wirksam durchgesetzt und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.

2. Reparatur und Wiederverwendung wirtschaftlich attraktiver zu machen.

Über die bereits beschlossenen Reparaturregelungen hinaus sollen finanzielle Anreize und die Förderung von Reparatur- und Wiederverwendungsinitiativen die längere Nutzung von Elektrogeräten stärken.

3. Hersteller stärker in die Verantwortung zu nehmen.

Hersteller sollen im Rahmen einer weiterentwickelten Herstellerverantwortung stärker für den gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte einstehen und Anreize für langlebige, reparierbare und recyclingfähige Geräte erhalten.

4. illegale Exporte von Elektroschrott konsequent zu bekämpfen.

Bestehende Exportverbote müssen durch wirksame Kontrollen, Sanktionen und internationale Zusammenarbeit durchgesetzt werden.

5. eine ambitionierte europäische Kreislaufwirtschaft voranzutreiben.

Die Bundesregierung soll sich bei der Ausgestaltung des europäischen Circular Economy Acts für wirksame Vorgaben zur Abfallvermeidung, Wiederverwendung und hochwertigen Rückgewinnung von Rohstoffen einsetzen.

6. globale Verantwortung entlang der Rohstoff- und Entsorgungsketten zu stärken.

Das ZdK fordert die Bundesregierung und die EU auf, Rohstoffpartnerschaften an überprüfbare menschenrechtliche und ökologische Mindeststandards zu binden und verantwortliche Kreislaufstrukturen in Partnerländern zu fördern, ohne illegale Elektroschrottexporte zu legitimieren.